P r o t o k o l l

über die 25. Sitzung des Rates der Stadt Springe am Donnerstag, 8. Mai 2025 um 18:00 Uhr
in der Aula der Grundschule Hinter der Burg, Hinter der Burg 3, 31832 Springe

Teilnehmende:

Ratsvorsitzender
Brezski, Eberhard

Bürgermeister
Springfeld, Christian

Ratsmitglieder
Austermann-Haun, Ute
Bani Ardalan, Christian
Becker, Tanja
Bennecke, Hendrik
Brenneke-Schiller, Heike
Ellermann, Benjamin
Frädermann, Andreas
Freimann, Heinrich
Galas, Eckart
Gasch, Anton
Gonschorek, Caroline
Groseck, Oliver
Hackert, Thorsten
Henkels, Anette
Herrmann, Udo
Holzmann, Norman
Hüper-Maus, Thomas
Janz, Dirk
Kemper, Margarete
Kohlenberg, Jürgen
Lampe, Uwe
Meier, Bernhard
Musahl, Katja
Nagel, Klaus
Niemetz, Jörg
Overesch, Bernd
Reinhardt, Bastian
Reinhardt, Udo
Riegelmann, Elke
Schmelzer, Tim
Witte, Björn
Wolff, Reinhard

Von der Verwaltung
Frantzen, Anja als Protokollführerin
Gebauer, Clemens
Kamerau, Tabea
Klostermann, Jörg
Neumann, Michaela

Es fehlen entschuldigt
Baatzsch, Brian
Blome, Ann-Kristin
Mariß, Lisa Marie
Zimmermann, Brigitte

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Dr. Brezski eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Herrmann schlägt vor zu beschließen, den TOP 9.6 von der Tagesordnung zu nehmen, da das Urteil vom OVG Lüneburg noch nicht rechtskräftig sei und die Entscheidung vom BVerwG Leipzig noch ausstehen würde. Herr Wolf schließt sich dem an.
Herr Hackert fragt, ob bekannt sei, wie lange das Verfahren beim BVerwG Leipzig dauern werde. Herr Herrmann erwidert, das sei nicht bekannt.

Folgender Beschluss wird mit **32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat beschließt, den TOP 9.6 von der Tagesordnung zu nehmen. Sodann stellt Herr Dr. Brezski die Tagesordnung mit dieser Änderung fest.

2. Anfragen der Zuhörenden

Ein Bürger merkt an, dass die heutige Sitzungsordnung bürgerfreundlicher sei.

Ein Bürger fragt, ob man sich vorstellen könne, dass ein Großteil der politisch interessierten Bürger verärgert seien über die Steuerausgaben für Luxusinvestitionen, wie das Verwaltungsgebäude der Stadtentwässerung mit anschließender Erhöhung der Abwassergebühren, weiterhin 20 Räume im Obdachlosenheim. Er fragt, ob es keine Bedenken gibt, weil die Entscheidungen immer mit knapper Mehrheit gefallen sind. Er spricht die Schulden und Zinsen an, die Generationen zahlen müssten.

Herr Dr. Brezski erwidert, es sei wohl eher eine rhetorische Frage, weil die Abstimmungsergebnisse für sich sprechen würden.

Frau Riegelmann erklärt, alle würden sich sehr genau mit allen Themen auseinandersetzen und wenn eine demokratische Entscheidung gefallen sei, müsste man diese akzeptieren. Sie spricht die Situation mit dem Obdachlosenheim an und meint, alle Anwesenden seien sicher froh, nicht obdachlos zu sein. Es seien unzumutbare Bedingungen im Obdachlosenheim gewesen, es ist eine Pflichtaufgabe sich darum zu kümmern. Es würde kein Luxusbau sondern ein Zweckbau dorthin gestellt. Solche Äußerungen seien nicht zielführend.

Herr Reinhardt weist auch darauf hin, dass die Zustände im Obdachlosenheim menschenunwürdig waren und dass dort was getan werden musste. Wer sich das angeguckt habe und in einer Mitverantwortung wie der Rat der Stadt Springe sei, müsste sich schämen, Menschen so ein Gebäude zuzumuten. Diese Investition sei alles andere als verschwenderisch.

Weiterhin erklärt Herr Reinhardt, der Bau des Verwaltungsgebäudes der Stadtentwässerung (SES) sei nicht im Kernhaushalt der Stadt Springe zu verorten, sondern im Gebührenhaushalt der SES.

Der fragestellende Bürger ruft wiederholt dazwischen. Herr Dr. Brezski verwarnt den Bürger wegen der Zwischenrufe und kündigt an ihn aus dem Raum verweisen zu wollen, würde er die Zwischenrufe nicht unterlassen.

Herr Reinhardt führt weiterhin aus, bei den Abwassergebühren habe es in den letzten 10 Jahren keine drastischen Erhöhungen gegeben. Die Investitionen im Abwasserbereich würden für sich sprechen. Man könne sich den Bereich Bennigsen anschauen, wie viele Kanalmeter da inzwischen saniert worden seien. Ein stabiler Gebührenhaushalt im Bereich Abwasser sei sinnvoll. Die Einnahmen müssten ausgegeben werden, wenn man die strategische Ausrichtung dieses Bereich betrachte.

Herr Reinhardt erklärt, dass alle anderen Investitionen, die getätigt werden, auch nicht verschwenderisch seien, weil alle Beträge im Detail diskutiert werden würden. Auch wenn Abstimmungen knapp seien, haben sie die demokratische Legitimation. Der Bürger möge doch einmal ein konkretes Beispiel bringen, was in seinem Sinne verschwenderisch sei und was nicht mit einem ganz konkreten Sinn, Zweck und für die Zukunft gemacht worden sei. Da gäbe es in Springe nichts.

Herr Groseck sagt, dass in jeder Sitzung um Ausgaben gerungen würde. Springe sei auch nicht für Luxusausgaben bekannt, sondern sei mit Ausgaben sehr zurückhaltend. Zum Abwasser müsse man noch sagen, dass es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung hinsichtlich des Baus des Verwaltungsgebäudes gab. Der Bau des Gebäudes im Eigentum der Stadt Springe sei wirtschaftlicher und langfristig sinnvoller, als Gebäude anzumieten. Die Abwassergebühren seien minimal im Bereich der Inflation gestiegen, Springe sei da gut aufgestellt. Und auch hier wäre über die Anhebung der Gebühren lange gerungen worden.

Herr Friedrich bittet bei den Tagesordnungen, hier TOP 12, nicht den Unternehmensnamen abzukürzen, sondern auszuschreiben, damit man wüsste, worum es ginge. Er erhält den Hinweis, dass die Abkürzung in der Beschlussvorlage ausgeschrieben sei.

Ein Bürger erklärt, dass die Förderung der Dorffunk-App im Juni ausläuft und fragt an, ob die Stadt Springe die Kosten ab Juli übernehmen würde. Weiterhin fragt er zum Baugebiet in Altenhagen I an, ob sich dort was tut, es fehle bisher sogar ein Schild, dass das Gebiet vermarktet würde. Und dann fragt er weiter, ob es zu den Windkraftanlagen ein Startdatum gibt und ob die Stadt Springe Baugenehmigungsbehörde sei.

Herr Springfeld teilt mit, die Kosten für die Dorffunk-App würden von der Stadt Springe für alle Ortsräte, die das Projekt weiterführen wollten, übernommen.

Zu den weiteren Fragen erklären Herr Springfeld und Herr Klostermann, die Informationen würden ausführlich im Detail nachgereicht.

3. Genehmigung des Protokolls über die 23. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 19.02.2025 - öffentlicher Teil -

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Das Protokoll über die 23. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 19. Februar 2025 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

4. Formalitäten

4.1. Feststellung des Sitzverlustes von Frau Ann-Kristin Blome im Rat der Stadt Springe — 877/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe stellt gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG fest, dass die Voraussetzung für die Beendigung der Mitgliedschaft von Frau Ann-Kristin Blome im Rat der Stadt Springe mit sofortiger Wirkung erfüllt ist.

4.2. Förmliche Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes, Frau Prof. Dr. Austermann-Haun — 878/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Herr Springfeld begrüßt Frau Prof. Dr. Austermann-Haun als neues Ratsmitglied und verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten. Herr Springfeld überreicht ihr das Stadtwappen sowie ein Handbuch.

Frau Dr. Austermann-Haun nimmt ab diesem TOP als neues Ratsmitglied an der Sitzung teil.

4.3. Besetzung von Fachausschüssen — 10/2021-2026 - 7

- Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung (SoJuGA)
- Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz (PUKA)
- Betriebsausschuss Stadtentwässerung Springe (BetrA SES)

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe stellt gem. § 71 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die neuen Ausschussbesetzungen des BetrA SES, SoJuGA und des PUKA durch Beschluss fest:

- Anstelle von Frau Blome wird Frau Riegelmann als Mitglied für den SoJuGA benannt.
- Anstelle von Frau Riegelmann wird Frau Prof. Dr. Austermann-Haun als Mitglied für den PUKA benannt.
- Anstelle von Herrn Groseck wird Frau Prof. Dr. Austermann-Haun als Mitglied für den BetrA SES benannt.

4.4. Besetzung von Fachausschüssen — 10/2021-2026 - 8

- Ausschuss für Bauen, Technik und Betriefshof (BauA)
- Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz (PUKA)
- Ausschuss für Feuerschutz, Ordnung und Verkehr (FSA)
- Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung (SoJuGA)
- Ausschuss für Schule, Sport und Kultur (SSKA)
- Betriebsausschuss Stadtentwässerung Springe (BetrA SES)

Herr Frädermann macht von seinem Recht nach § 71 Abs. 4 S. 3 NKomVG Gebrauch als beratendes Mitglied einen Ausschuss auszuwählen. Er möchte dem Schul-, Sport- und Kulturausschuss angehören.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe stellt gem. § 71 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) die neuen Ausschussbesetzungen des BauA, PUKA, FSA, SoJuGA, SSKA und des BetrA SES durch Beschluss fest:

- Anstelle von Herrn Frädermann wird Herr Nagel das Grundmandat im FSA ausüben.
- Anstelle von Herrn Frädermann wird Herr Nagel das Grundmandat im SoJuGA ausüben.
- Anstelle von Herrn Frädermann wird Herr Herrmann das Grundmandat im BetrA SES ausüben.
- Herr Frädermann wird das Grundmandat im Schul-, Sport- und Kulturausschuss ausüben.

4.5. Bildung von Fachausschüssen — 857/2021-
Beratende Mitglieder aus dem Jugendparlament — 2026 - 1

Herr Dr. Brezski macht Herrn Bani Ardalan und Herrn Hüper-Maus auf das Mitwirkungsverbot bei den TOP 4.5 und 4.6 aufmerksam.

Herr Bani Ardalan und Herr Hüper-Maus verlassen die Sitzung um 18.25 Uhr.

Folgender Beschluss wird mit **32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Springe folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Springe gewährt den Mitgliedern des Jugendparlaments einen beratenden Sitz pro Fachausschuss. Die Mitglieder des Jugendparlaments sollen gemäß Beschluss festlegen, welches Mitglied in welchen Ausschuss entsendet werden soll sowie jeweils eine Vertretung benennen. Anschließend stellt der Rat gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG in einer nächsten Sitzung die Sitzverteilung und die Ausschussbesetzung durch Beschluss fest.

4.6. Bildung von Fachausschüssen — 857/2021-
Beratende Mitglieder aus dem Jugendparlament — 2026 - 2

Folgender Beschluss wird mit **32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe stellt über den Verwaltungsausschuss gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG die in dieser Drucksache definierte Sitzverteilung und Ausschussbesetzung durch Beschluss fest.

Herr Bani Ardalan und Herr Hüper-Maus nehmen nach der Abstimmung ab 18.27 Uhr wieder an der Sitzung teil.

5. Mitteilungen der Verwaltung

5.1. Sachstandsmitteilung zu Beschlüssen, Aufträgen und Finanzen

Herr Gebauer erklärt zur Stellenbesetzung der Fördermittelakquise, das Bewerberverfahren sei abgeschlossen, die Stelle werde zum 15.05.2025 besetzt sein.

6. Bereich Bauen, Technik und Betriebshof

6.1. Grundschule Hinter der Burg Machbarkeitsstudie 860/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Die Grundlagen- und Vorkostenermittlung der Verwaltung in Höhe von 145.746,47 € Brutto, für die Machbarkeitsstudie Grundschule Hinter der Burg, werden festgestellt. Es werde geprüft, ob eine PV-Anlage angebracht werden kann. Die noch fehlenden Über-/Außerplanmäßigen Mittel in Höhe von 95.746,47 € werden über einen Deckungsvorschlag aus dem Haushaltsplan 2025 zur Beratung und Beschlussfassung nachgeführt.

6.2. Lehrschwimmbecken Bennigsen Aktualisierung des Projekts 861/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Die Verwaltung wird beauftragt eine Kostenaktualisierung durchzuführen und eine Haushaltsunterlage Bau zu erstellen. Dargestellt werden sollen die aktualisierten Kosten auf der Grundlage des Beschlusses vom 13.10.2022 und einer von der Verwaltung vorgeschlagenen Erweiterungsoption (siehe Sachverhalt).

Die dargestellten Kostenaktualisierungen, sowie die Kostennachführung für die Erweiterungsoption führen zur Überschreitung der bisherigen Kostenfestsetzung.

6.3. Grundschule Eldagsen Anbau Fluchttreppen mit HU-Bau 862/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Die beigefügte Haushaltsunterlage Bau (HU-Bau) wird zur Kenntnis genommen und zur Ausführung in den Leistungsphasen 1- 9 der HOAI (Honorarordnung für Architekten- und Ingenieure) beschlossen.

6.4. Vorkostenermittlung der Verwaltung / Brandschutztechnische Ertüchtigung der Grundschule Gestorf 891/2021-2026

Herr Freimann teilt mit, der Ausschuss für Bauen, Technik und Betriebshof hätte darüber beraten und eine ergänzende Beschlussfassung vorgeschlagen, dass die baulichen Umsetzungen in Bezug auf den Ganztag gemeinsam mit dem Brandschutzkonzept betrachtet werden sollen. Das Ganztagsraumkonzept würde noch im Mai im Ortsrat und anschließend im SSKA

beraten werden. Danach könnte die Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen gesamt in Auftrag gegeben werden.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Die in der Vorkostenermittlung der Bauverwaltung ermittelten Kosten für die Brandschutztechnische Ertüchtigung der Grundschule Gestorf in Höhe von 214.248,54 € sind anteilig bereits im Haushalt 2025 eingeplant. Der noch fehlende Betrag von 117.738,01 € wird über einen Über-/Außerplanmäßigen Antrag nachgeführt. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt im nächsten Schritt eine Haushaltsunterlage Bau (HU-Bau) **in gemeinsamer Betrachtung des Ganztagsschulprogramms** zu erstellen und zur weiteren Beratung und Genehmigung über den Bau- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Springe vorzulegen.

7. Bereich Soziales, Jugend und Gleichstellung

7.1. Weitere Übernahme der Kosten für ein Spielgruppenangebot der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Andreas — 346/2021-2026 - 3

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Dem Antrag der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Andreas vom 05.02.2025 auf weitere Übernahme der nicht durch Dritte gedeckten Kosten in Höhe von bis zu 13.784,- € für den Zeitraum vom 15.08.2025 bis zum 30.06.2026 wird unter der Voraussetzung entsprochen, dass spätestens am 31.10.2025 mindestens 5 Kinder verbindlich für die Teilnahme an dem Projekt angemeldet sind. Sollte diese Voraussetzung nicht erfüllt werden, endet das Projekt bereits mit Ablauf des 31.10.2025, so dass in diesem Fall nur die bis einschließlich 31.10.2025 angefallenen und nicht durch Dritte gedeckte Kosten in Höhe von rund 3.300,- € übernommen werden.

Zur Abrechnung der Kosten ist durch die Antragstellerin ein schriftlicher Verwendungsnachweis einzureichen, mit dem neben dem Projektzeitraum auch die tatsächlich entstandenen Personalkosten, die angefallenen Raumkostenpauschalen sowie die Einnahmen durch Dritte unter Beifügung entsprechender Belege nachgewiesen wird.

7.2. Abschluss einer 2. Änderungsvereinbarung zu der zum 01.01.2014 in Kraft getretenen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Förderung von Kindern in Kindertagesstätten und Tageseinrichtungen sowie der Jugendarbeit — 866/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Die Verwaltung wird ermächtigt die als Entwurfsfassung zu diesem Beschlussvorschlag angefügte 2. Veränderungsvereinbarung samt der Anlagen 1 und 2 zu der zum 01.01.2014 in Kraft getretenen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Förderung von Kindern in Kindertagesstätten und Tageseinrichtungen sowie der Jugendarbeit in der Fassung der zum 01.01.2016 in Kraft getretenen 1. Änderungsvereinbarung abzuschließen.

7.3. Berufung einer/eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten **869/2021-2026**

Frau Grau stellt sich vor und erzählt von ihren Lebensstationen. Sie würde seit sieben Jahren in Springe leben und hätte sich entschieden, die Aufgabe der Seniorenbeauftragten zu übernehmen. Zurzeit nähme sie in Gesprächen mit Institutionen und Vereinen den IST-Zustand auf. Sie würde sich freuen, wenn ihr das Vertrauen geschenkt werden würde. Sie nähme den Job und die Berufung gern an.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe beruft Frau Ricarda Grau in das Amt der ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten ab 01. April 2025 für die Dauer von fünf Jahren.

Eine vorzeitige Aufnahme der Tätigkeit zum 01.04.2025 im Wege einer übergangsweisen Übertragung der Aufgabe bis zur abschließenden Berufung durch den Rat wird für die Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss empfohlen.

Herr Springfeld beglückwünscht Frau Grau zu ihrer Wahl als Seniorenbeauftragte.

8. Bereich Planung, Umwelt und Klimaschutz

8.1. Konzepterstellung Volkspark, für die Nutzung und Bepflanzung des Volksparks **870/2021-2026**
Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke

Frau Henkels stellt die Beschlussvorlage vor und erklärt, der Stadtpark befinde sich aufgrund von Pilzbefall in einem traurigen Zustand. Im Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz (PUKA) wäre einstimmig ein Ausbau des Stadtparks beschlossen worden, bei welchem auch die Klimaresilienz beachtet werden sollte.

Herr Overesch bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass im Ausschuss einstimmig beschlossen worden wäre, dass alle Maßnahmen und Planungen als Eigenleistung der Stadt Springe durchzuführen seien. Dieses sei im letzten PUKA von Herrn Klostermann bestätigt worden.
Frau Riegelmann antwortet, die Maßnahme soll unter Beteiligung des NABU und einer hoffentlich großen Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Die Stadt Springe soll ein zukunftsfähiges, dem Klimawandel angemessenes und dem Allgemeinwohl dienendes Konzept für die Nutzung und Bepflanzung des Volksparks aufstellen.

9. Bereich Stadtentwässerung

9.1. Vertrag über die Verwertung von Klärschlämmen und Rückgewinnung von Nährstoffen **785/2021-2026 - 2**

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

1. Die Stadt Springe stimmt dem Abschluss des anliegenden Klärschlammverwertungsvertrages (Anlage 1) mit der KNRN auch hinsichtlich der darin enthaltenen gewährvertragsähnlichen Elemente zu und beauftragt den Bürgermeister, die aufsichtsbehördliche Genehmigung für den Abschluss des Vertrages einzuholen.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Zustimmung schon vorab unter Vorbehalt der Beschlussfassung des Rates (08.05.2025) zu erklären.

9.2. Bericht des Gewässerschutzbeauftragten Allgemeingültige Klimawirkungsprüfung in der Abwasserbeseitigung **879/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe fasst folgenden Beschluss:

Die Abwasserbeseitigung hat einen nennenswerten Energiebedarf im Bau und Betrieb und ist daher von erheblicher Klimarelevanz. Die Stadtentwässerung wird daher beauftragt ihre Tätigkeit so auszurichten, dass ein möglichst minimierter Primär-Energiebedarf notwendig ist, wie nachfolgend dargestellt.

9.3. 4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadtentwässerung Springe der Stadt Springe **880/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe beschließt die als Anlage 1 beigefügte 3. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Springe der Stadt Springe.

9.4. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 und des Lageberichtes 2021, Entlastung der Betriebsleitung und Behandlung des Jahresfehlbetrags **882/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 mit der Bilanzsumme von 69.635.343,15 € und der Lagebericht 2021 werden festgestellt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 795.253,82 € wird in voller Höhe auf neue Rechnung vorgetragen. Der Betriebsleitung wird gemäß § 35 EigBetrVO für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

9.5. Benennung eines Betriebsleiters für den Eigenbetrieb "Stadtentwässerung Springe" (SES) **884/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe beschließt, Herrn Jan Möbes zum Betriebsleiter des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Springe“ der Stadt Springe zu bestellen.

Die Verwaltung und die amtierende Eigenbetriebsleitung werden beauftragt, das Einvernehmen mit dem Bürgermeister herzustellen.

9.6. 1. Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung vom 01.Januar 2020 der Stadt Springe **885/2021-2026**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

10. Bereich Personalien

10.1 Entlassung von Herrn Frank Littmann aus dem Ehrenbeamtenverhältnis **897/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe beschließt, Herrn Frank Littmann auf Grund seines Antrages gemäß § 23 Beamtenstatusgesetz mit Ablauf des 08. Mai 2025 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zu entlassen.

10.2 Berufung von Herrn Plattner zum Verwaltungsprüfer für das Rechnungsprüfungsamt und zur Prüfperson **898/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Herr Andreas Plattner wird zum nächstmöglichen Termin als Verwaltungsprüfer des Rechnungsprüfungsamtes eingesetzt und zum Prüfer bestellt.

11. Antrag Status Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalt - mehr Transparenz - gem. Antrag der FDP-Fraktion vom 27.02.2025 **886/2021-2026**

Herr Herrmann trägt den Beschlussvorschlag vor und erklärt, für die Zukunft sehe er die Bereitstellung von zielgruppenspezifischen Dashboards und Standardberichte für alle Ratsmitglieder oder auch für entsprechende Bürgerinnen und Bürger. Das Zugriffsrecht sollte entsprechend berücksichtigt werden. In den Vorjahren wurde die Haushaltsführung durch die Haushaltssicherungsgruppe begleitet um frühzeitig auf negative Entwicklungen reagieren zu können. Im vergangenen Jahr sei hiervon kein Gebraucht gemacht worden. Um die Entwicklung der haushaltsrelevanten Zahlen sowie deren Status verfolgen zu können, wären Standardberichte wie Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Investitionen prädestiniert. Markante Kennzahlen zu Ist-Plan, Ansatzwerte würden die Ratsmitglieder in die Lage versetzen einen kontinuierlichen Überblick über die finanziellen Ergebnisse zu erhalten. Bisher werden die Zahlen sehr unregelmäßig vorgelegt. Die letzte Änderungsliste gab es Mitte Februar, neuere Ergebnisse würden nicht vorliegen. Eine monatliche Vorlage der Listen wäre wünschenswert, damit man zeitnah darauf reagieren könne. In Gesprächen mit der Verwaltung solle die Vorlage keinen großen Aufwand bedeuten. Schön wäre die Erstellung per Knopfdruck. Darauf sollte hingearbeitet werden.

Herr Holzmann sagt, er unterstütze den Antrag, um auch immer wieder die Aktualität der Zahlen vor Augen zu haben. Es sei sein Wunsch, die Zahlen allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Brezski erwidert, es sei natürlich angedacht, die Zahlen allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen, sonst fehle die Transparenz.

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat beschließt die monatliche Bereitstellung des Status des Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalts, analog der Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf, bezogen auf den jeweiligen Ultimo. Die Empfängerliste entspricht der Mitgliederliste der Arbeitsgruppe Haushaltssicherung (AG HSK). Wünschenswert wäre ein Haushaltsberichtswesen, welches zielgruppenspezifische Dashboards und Standardberichte für alle Ratsmittglieder mit legitimiertem Zugriff, gemäß dem vorliegenden Berechtigungskonzepts, zur Verfügung stellt.

<u>Hinweis der Verwaltung:</u> Der Empfängerkreis kann auf Wunsch der Ratsmitglieder auch weiter gezogen werden.

12. • Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der hannIT AöR 893/2021-2026
• Beschluss der 8. Änderungssatzung zur Änderung der Satzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe fasst folgenden Beschluss:

1. Der Rat bestätigt die per Wahl vom 16.05.2024 gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt HannIT AöR (hannIT).

   Folgende Vertreterinnen und Vertreter werden bestätigt:

   Jörg Gilgen, Kerstin Möller, Markus Dietzschold, Nadine Knochenhauer, Martina Fachmann, Melanie Jung

   Folgende Ersatzmitglieder werden bestätigt:

   Roland Krause, Ilona Strehl, Marion Brandes

2. Der Rat beschließt die anliegende 8. Änderungssatzung **(Anlagen 2, 3 und 4)** zur Anstaltssatzung der Hannoversche Informationstechnologien AöR.

13. Bewilligung von über- / außerplanmäßigen Mitteln gem. § 117 NKomVG
- vorsorglich -

Es liegen keine Anträge auf über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellungen vor.

14. Annahme von Spenden
- vorsorglich -

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Herr Springfeld verliest die seit der letzten Sitzung des Rates eingegangenen Spenden und bittet um Annahme derselben:

Name	Verwendungszweck	Betrag
Sparkasse Hannover	Geldspende an die Stadtjugendfeuerwehr im Rahmen der Aktion "Stärke geben" (Stadtjugendfeuerwehr hat den 3. Platz gemacht) - Die Spende soll für die Finanzierung des Stadtzeltlagers auf Fehmarn genutzt werden.	7.500,00 €
Ehepaar Haegeli/Haegeli-Friese	Erhöhung der Spende an die Stadt Springe für die Anschaffung eines Spielgeräts um 5.000,00 € (von 15.000 € auf 20.000 €). Die 15.000 € wurden bereits in 2024 am 01.10.2024 im VA und am 24.10.2024 im Rat angenommen	5.000,00 €

Die Spenden werden angenommen.

15. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Ein Bürger meint, Herr Erdmann wäre verabschiedet worden, ihm fehle die Information, wer die Stelle nun besetzt.

Herr Dr. Brezski antwortet, als Nachfolger ist Herr Möbes vorgesehen, das wäre auch aus der Vorlage ersichtlich. Weiterhin teilt er mit, Herr Erdmann sei wegen Krankheit noch nicht verabschiedet worden.

16. Anfragen der Ratsmitglieder

19.23 Uhr Herr Niemetz verlässt die Sitzung.

16.1 Überarbeitung des Landesraumordnungsprogrammes hinsichtlich Steuerung bei Freiflächenphotovoltaik

Herr Nagel berichtet, dass er nachmittags im Ausschuss für Planung in der Region Hannover gewesen sei und wollte fragen, ob nachfolgende dort besprochene Informationen der Stadt Springe bekannt sei:
Das neue Landesraumordnungsprogramm, wird zurzeit bearbeitet. Zusammen mit dem regionalen Raumordnungsprogramm gibt es vor, dass es keine Steuerung mehr bei der Freiflächenphotovoltaik geben soll. Das heißt, ab sofort sind bis auf Wald-/Naturschutzflächen alle anderen Flächen frei. Besonders auch landwirtschaftliche Flächen. Werden die Freiflächen in den Flächennutzungsplänen ausgewiesen?

Herr Klostermann antwortet, die Nachricht hätte ihn auch erreicht. Zwei Wochen vorher hätte ein Termin mit der Region stattgefunden, bei dem das Konzept vorgestellt wurde. Es ist rechtlich nicht mehr möglich laut Landesraumordnungsprogramm, die Ausschlusskriterien wie Vorrangflächen für Landwirtschaft, anzuwenden. Das heißt aber nicht, dass ein Freifahrtschein gegeben ist. Grundsätzlich gäbe es eine Privilegierung in Springe südlich der Bahnstrecke. Dort können Planungen, wenn sie grundsätzlich zulässig sind, stattfinden, ohne dass die Stadt

Planungsrecht schaffen muss. Es gilt aktuell noch das alte Raumordnungsprogramm, welches sich in Überarbeitung befindet. Die Abwägung ist momentan etwas schwierig. Die Aussage ist, dass das regionale Raumordnungsprogramm, welche die neue Rechtslage berücksichtigen muss, Mitte bis Ende des Jahres 2060 fertig ist. Im Ausschuss für Planung, Umwelt und Klimaschutz soll dargestellt werden, welches Potenzial an der Strecke der S-Bahn vorhanden ist. Es gäbe Ausnahmen bei schon bebauten Flächen. Im Landschaftsschutzgebiet dürfte wohl nicht gebaut werden. Das Potenzial soll, unabhängig von Artenschutz oder Besitzverhältnissen und natürlich vorhandener Leitungsstruktur, dargestellt werden. Alles was außerhalb dieses Korridors gebaut werden soll, findet nicht ohne Bebauungsplan statt.

Herr Nagel ergänzt dazu, Frau Beuning von der Regionalplanung Region Hannover würde zurzeit eine informelle Potenzialfläche für Freifeldphotovoltaik erarbeiten. Das ist rein informell, nicht verbindlich, damit man wisse, wie man die Bebauungspläne beschließen könne.

Herr Klostermann ergänzt weiter, ein Leitfaden würde erarbeitet, der den Kommunen als Arbeitshilfe dienen solle. Es wurde sich aus anderen Kommunen schon Kriterienlisten angeschaut, die abgearbeitet werden könnten. Weiterhin gäbe es von der Region eine Vorgabe, ähnlich wie bei Windkraft. Die wesentliche Aussage sei, dass der überwiegende Anteil von Photovoltaik auf Dachflächen entstehen solle.

16.2 Erdverkabelung auf dem Prüfstand

Herr Nagel fragt, ob es bekannt sei, dass die gesamte Erdverkabelung auf den Prüfstand gestellt wird und die Erdverkabelung möglicherweise über Trassen geführt werden soll. Tennet arbeitet zurzeit daran und die Bundesregierung wird wohl einen Beschluss fassen müssen. Das Ziel sei es, die Netzkosten zu reduzieren. Eine Oberflächenverkabelung sei deutlich günstiger als eine Erdverkabelung.

Herr Klostermann sagt, das Thema sei aus den Nachrichten bekannt. Aktuell würde es das Projekt Südlink in Springe geben. Dieses würde wie geplant als Erdverkabelung ausgeführt werden. Neben Südlink gäbe es weitere Projekte, wie die Netzverkabelung. Hier würde es durchaus Oberflächenverkabelungen geben.

Herr Nagel erwidert, er habe diese Frage ausdrücklich an Frau Beuning gestellt. Diese hätte gesagt, dass auch das Projekt Südlink in der Region Hannover möglicherweise betroffen sei.

Frau Henkels erklärt, sie sei Ende April zum Leitungssymposium in Kassel gewesen und heute sei Bauvorbesprechung für den Südlink gewesen. Der Baufeststellungsbeschluss würde feststehen. Alle Verträge mit Grundeigentümern seien unterschrieben. Die Lose seien an die Tiefbauer vergeben. Im Juni würde mit Baustelleneinrichtungen angefangen werden. Beim Südlink würde das Rad nicht zurückgedreht werden. Jedoch gäbe es andere Projekte die auf dem Prüfstand ständen, den Rhein-Main-Link und eine Trasse parallel zum Südlink.

16.3 Workshop IPM

Frau Riegelmann fragt an, wie es mit IPM weitergehen würde. Seit dem Workshop vor Ostern habe man keine Informationen mehr erhalten, was weiter geplant wäre.

Herr Gebauer antwortet, IPM habe einen Termin mit der Verwaltung gemacht. Es würde einen Vergleichsworkshop zum Strategieabgleich geben. Im Hintergrund würde auf Verwaltungsebene mit IPM weiter daran gearbeitet werden.

Frau Riegelmann mahnt Transparenz an.

Herr Gebauer sagt, der Prozess würde weiterlaufen. Sobald eine Entscheidung gefallen wäre, würde es Informationen geben.

Herr Lampe meint, das Gesamtergebnis sollte frühzeitig bekannt gegeben werden.

Herr Gebauer sagt zu, bei IPM anzufragen, ob eine Veröffentlichung möglich sei. Noch gäbe es keine Informationen darüber, dass IPM die Ergebnisse aus dem Workshop mit den Nachmeldungen zusammengeführt habe.

16.4 Sprachrecht

Herr Lampe sagt, er begrüße es, dass die Seniorenbeauftragte die Möglichkeit hatte, heute das Wort an den Rat zu richten. In dem Zusammenhang würde er sich wünschen, dass auch bei Verabschiedungen aus Ehrenamtsverhältnissen, den Personen die Gelegenheit gegeben würde, etwas zu sagen.

Herr Dr. Brezski erklärt hierzu, jeder der etwas sagen wolle, dürfe dies auch tun.

16.5 Schottergärten

Herr Lampe spricht die Auswertung der Schottergärten an, die per Drohnenüberwachung erfolgt. Er fragt, ob es gewährleistet sei, dass die Drohnen von städtischen Mitarbeitern geflogen würden oder ob die Drohnenflüge durch eine Fachfirma ausgeführt würden. Er würde ausschließen wollen, dass die Drohnen durch Privatpersonen geflogen würden.

Herr Klostermann erklärt, die Aufgabe würde durch eine Fachfirma durchgeführt. Die Stadt Springe selber hätte weder das technische Gerät noch die Kapazitäten, das selber durchzuführen. Die beauftragte Firma fotografiert den gesamten Siedlungsbereich, nicht einzelne Grundstücke. Durch die Hochauflösung der Fotos könnten dann die Grundstücke ausgewertet werden. Die Fotos könnten direkt ins GIS eingelesen werden. Für das Thema Schottergärten hätten die Kollegen aus dem Bereich Tiefbau zurzeit, wegen der Bike & Ride-Anlage, keine Kapazitäten. Sobald das abgeschlossen sei, gehe man das Projekt Schottergärten an. Es gäbe eine umfassende Erfassung im Stadtgebiet. Bisher wurden jedoch nur in den Ortsteilen Personen angesprochen. Es ginge hier nicht um Verurteilung. Ziel sei eine Aufklärung, was die negativen Auswirkungen von Schottergärten seien. Es ginge nicht um Aussehen, sondern um Klima- und Artenschutz und rechtliche Grundlagen. Der Prozess würde einige Zeit in Anspruch nehmen.

16.6 Bike & Ride-Anlage

Herr Dr. Galas spricht die Bike & Ride-Anlage an und fragt, ab wann die Plätze in den drei Bahnhöfen nutzbar würden. Weiterhin fragt er, wer das Abo für die Plätze verkaufen würde und ob es eine Größenordnung für die Mietpreise dieser Flächen gäbe.

Herr Klostermann erklärt, wann der Bau abgeschlossen würde, sei noch nicht bekannt. Zwischenzeitlich gäbe es Schwierigkeiten beim Bau. Die Unterlagen für das Bahngelände wären nicht vollständig, so dass es Bauunterbrechungen gab. Die Idee hinter dem Projekt sei, es müsse keiner etwas dafür bezahlen. Das Projekt sei gefördert. Es würden Doppelstockparker entstehen. Wer einen Platz findet, könne sein Fahrrad dort abstellen. Die Stadt würde lediglich kontrollieren, ob Schrottfahrräder dort abgestellt würden. Die Nutzung der Multiboards (abschließbare Bereiche) funktionieren über eine regionsweite App, mit der sie geöffnet werden könnten.

Nachtrag aus der Verwaltung: Herr Klostermann teilt mit, dass nach Aussage der Region Hannover die Nutzung der Anlage für Personen mit einem gültigen Bahnticket kostenlos sei.

16.7 Ratsinformationssystem und Rathausanbau

Frau Henkels fragt, wie es mit dem Ratsinformationssystem weitergeht. In den letzten Monaten wäre der Zugang oft nicht möglich gewesen. Sie selber könnten die Unterlagen im Ratsbüro anfragen, würde sich aber fragen, ob es rechtliche Probleme gäbe, wenn die Öffentlichkeit die Unterlagen nicht einsehen könnte.

Herr Gebauer erwidert, es sei ein großes Ärgernis, dass das Ratsinformationssystem teilweise nicht erreichbar sei. Der Anbieter habe den Vertrag gekündigt. Zurzeit sei ein neues Programm in der Ausschreibung. Es sei angedacht, die Ratsmitglieder zwischenzeitlich über eine Cloudlösung zu informieren.

Frau Henkels fragt, wie die Lösung für die interessierte Öffentlichkeit gedacht sei. Ob man die Unterlagen nicht auslegen könne.

Herr Gebauer erklärt, es würde möglicherweise eine öffentliche Cloud geben. Derzeit befinde man sich in der Findungsphase. Es sei jedoch noch nicht festgestellt worden, dass die Bürgerinnen und Bürger die Unterlagen nicht erhielten. Sollten jedoch die Ausfälle häufiger werden, würden entsprechende Maßnahmen ergriffen. Sollte jemand Hilfe brauchen, möge er sich melden.

Herr Gasch ergänzt, die Öffentlichkeit würde nicht dadurch beschränkt, dass Unterlagen nicht zugänglich seien.

Herr Nagel fragt den Baufortschritt des Rathausanbaus an.

Herr Springfeld erklärt, Herr Götze habe alles im Blick, der Zeitplan würde eingehalten.

Ende des öffentlichen Teils: 19:23 Uhr